

## Aus der Geschichte lernen: Kriegstreiber stoppen! Für eine Welt des Friedens!

Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg. Er forderte mehr als 65 Millionen Kriegstote, unzählige wurden verwundet und traumatisiert, die Zerstörungen wirkten sich über Jahrzehnte aus. Wie schon der Erste Weltkrieg war dieser Krieg nicht einfach „ausgebrochen“, sondern wurde bewusst vorbereitet und herbeigeführt. Beiden Weltkriegen gingen gigantische Aufrüstungsprogramme voraus, in beiden wurden imperialistische Ziele verfolgt und

konkurrierender Mächte oder den Ausbau strategischer Stützpunkte.

Noch sind es die USA, die für sich in Anspruch nehmen, die führende Weltmacht zu sein, und diese Stellung mit allen Mitteln verteidigen. Anschläge der CIA auf Politiker in anderen Ländern, das Ausbilden und Aufrüsten von Paramilitärs, Söldnern und Todesschwadronen, Angriffskriege, Invasionen und Bombardements, Embargos, die die Bevölkerung anderer Staaten isolieren und zu Hunger

Seiten der Kriegstreiber und Militaristen – und weniger Ressourcen für eine friedliche Welt. Ein hochgerüstetes Deutschland war und ist keine Alternative zum US-Imperialismus, sondern unter kapitalistischen Bedingungen nur ein weiterer Aggressor, der Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung in die Welt trägt, zugunsten des Kapitals und zulasten der Mehrheit der Bevölkerung.

### Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen (Jean Jaurès)

Während bürgerliche Medien uns ein Bild vermitteln, in dem die westlichen Staaten für Demokratie und Frieden stehen, stellt sich die Realität für Millionen anderer Menschen anders dar: Der nicht zuletzt mit deutschen Waffen hochgerüstete NATO-Staat Türkei bombardiert und vertreibt seit Jahren zusammen mit fundamentalistischen Gruppen Millionen Menschen in den türkischen und syrischen Grenzgebieten. Ausgerechnet die Regionen, in denen Menschen verschiedener Religionen und Volksgruppen zusammen leben, demokratische Strukturen aufgebaut und Frauenrechte verteidigt werden, werden täglich angegriffen. Im Jemen führen Saudi-Arabien und andere mit der NATO verbündete und hochgerüstete reaktionäre Staaten einen barbarischen Krieg, der das Land weitgehend zerstört hat und für Millionen Menschen täglich Elend, Hunger und Tod bedeutet. In Libyen herrscht nach der westlichen Intervention und dem militärischen Regime-Change Chaos und Barbarei. Ein Schicksal, das in ähnlicher Form davor Länder wie den Irak und Afghanistan getroffen hat und anderen Ländern wie dem Iran unmittelbar droht. Es läuft im Prinzip immer nach dem gleichen Muster: Wer den imperialistischen Staaten nutzt, wird an die Macht gebracht. Wer ihren Interessen im Wege steht, wird mit Sanktionen überzogen und notfalls mitsamt dem ganzen Land weggebombt.



die Neuaufteilung der Welt mit militärischen Mitteln organisiert. Es war nicht zuletzt das deutsche Großkapital, das nach der Weltmacht griff und sich viel vom millionenfachen Morden erhoffte. Die militaristische Politik wurde dementsprechend finanziell gefördert und medial propagiert. Rechte Ideologien und als deren extremste Form der Faschismus wurden als politische Instrumente entwickelt. Die sozialistische Arbeiterbewegung, die dagegen Widerstand leistete, wurde diffamiert, verfolgt und zeitweise weitgehend zerschlagen.

### Jeder Krieg beginnt mit einer Lüge

Daran hat sich bis heute im Prinzip nichts geändert. Während vordergründig wie im Jugoslawien-Krieg 1999, bei den Kriegen gegen den Irak und Afghanistan humanitäre Motive vorgeschoben und Lügen herangezogen werden, geht es im Kern um handfeste wirtschaftliche Interessen: Die Sicherung von Rohstoffen und Transportwegen, die Ausweitung ökonomischer Einflussphären, das Zurückdrängen

und Verarmung führen, Folter, Sabotage sowie unzählige weitere Verstöße gegen das Völkerrecht wurden in den letzten Jahrzehnten von den US-Regierungen organisiert.

Das US-Kapital ist jedoch nicht per se aggressiver als das anderer Länder. Völkische Erklärungsmuster oder ausgerechnet eine militärische Stärkung anderer imperialistischer Staaten wie der BRD sind daher sicher keine Lösung. Tatsächlich agieren die Regierungen der führenden imperialistischen Länder, d.h. im Wesentlichen diejenigen, die die NATO dominieren, trotz konkurrierender nationaler Interessen noch weitgehend gemeinsam. Gemeinsame Rüstungsprogramme und Manöver, Sanktionen und eine mediale Mobilisierung gegen die Staaten, die als Gegner betrachtet werden, Regime-Changes und nicht zuletzt gemeinsame militärische Interventionen bestätigen dies tagtäglich. Eine weitere Aufrüstung Deutschlands und der EU bedeutet daher schlicht mehr Waffen auf

Kriege finden heutzutage zudem oft in "niedriger Intensität" statt: In zahlreichen lateinamerikanischen Ländern wie Kolumbien vergeht kaum ein Tag, an dem GewerkschafterInnen sowie Mitglieder linker Gruppen und Parteien nicht Opfer von Verfolgung bis hin zu gezielten Morden und Anschlägen durch Militär und Paramilitärs werden.

Es sind jedoch gerade die am weitesten rechts stehenden Regierungen in dieser Region, diejenigen die für Menschenrechtsverletzungen, Repression, die Inhaftierung Oppositioneller, Korruption und Umwelterstörungen stehen, zu denen die „westlichen Demokratien“, von den Kriegstreibern der Trump-Regierung bis zum deutschen SPD-Außenminister Heiko Maas, die besten Kontakte pflegen. Sie sorgen schließlich am rücksichtslosesten dafür, dass die Ressourcen der Länder geplündert und die Bevölkerung niedergehalten wird – und die Profite für die dortige Oligarchie und das westliche Kapital um so höher sind.

Die Länder hingegen, in denen gestützt auf die Masse der Bevölkerung alternative Wege gegangen werden, die sich nicht länger ausplündern und bevormunden lassen wollen, werden auf vielfältige Weise angegriffen: Die Embargos gegen Venezuela und Kuba etwa, die die Länder vom internationalen Handel abschneiden sollen, töten faktisch Tausende durch den Mangel an lebenswichtigen Gütern. Der mediale Krieg bürgerlicher Medien, der bei uns das völkerrechtswidrige Vorgehen unserer Regierungen legitimieren soll und dort die Bevölkerung aufhetzt, hat zudem eine ganz eigene Qualität.

### **Weltfrieden oder die nächsten Weltkriege**

Man muss schon sehr blauäugig sein, um den Verantwortlichen zu glauben, wenn sie behaupten die aktuellen Rüstungsprogramme dienen lediglich der Verteidigung, d.h. der Friedenssicherung. Neben den stetig stattfindenden Kriegen und internationalen Konkurrenzkämpfen, die der Kapitalismus stets mit sich bringt,

sind auch noch größere Konflikte bereits absehbar. Insbesondere der wirtschaftliche Niedergang der USA, die Etablierung Russlands als eigenständiger Akteur in der Weltpolitik und das Aufstreben Chinas, das in absehbarer Zeit die weltweit größte Wirtschaftskraft besitzen wird, bergen die Gefahr, dass die USA (und führende Staaten der EU) ihre dominierende weltpolitische Rolle verstärkt militärisch absichern. Die Handelskriege, die tagtägliche Dämonisierung Chinas und Russlands als Reich des Bösen, die Förderung sämtlicher Entwicklungen, die diese Staaten bedrohen oder schwächen (antichinesische politische Kräfte in Tibet oder Hongkong und die Aufrüstung Taiwans, Förderung anti-russischer Regierungen in Osteuropa und deren Einbeziehen in NATO-Strukturen etc.) und insbesondere die militärische Aufrüstung zeigen die Tendenz deutlich auf.

Stück um Stück entledigen sich insbesondere die USA aller vertraglichen Schranken: 2001 wurde der ABM-Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen gekündigt. Und im Februar dieses Jahres kündigten die USA den INF-Vertrag, der die Zahl der in Europa stationierten Mittelstreckenraketen reduzierte. Als Vorwand diente die unbewiesene Behauptung, dass die russischen Iskander-Kurzstreckenraketen angeblich eine größere Reichweite als die zulässigen 500 km haben. Mit dem Ende des INF-Vertrags steht nun die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und der Asien-Pazifik-Region bevor. Nach dem Ausstieg aus dem INF-Vertrag dauerte es nur drei Wochen bis die USA eine neue landgestützte Mittelstreckenrakete testeten und damit einem neuen Wettrüsten – auch mit China – Vorschub leisteten.

Bereits unter der Obama-Administration wurde die Modernisierung der US-Atomwaffen für 1,7 Billionen Dollar beschlossen. Dazu gehören auch die in Büchel stationierten Atombomben, die

nun durch Bomben mit angeblich geringerer Sprengkraft (immer noch ein zigfaches der Hiroshima-Bombe) und höherer Treffsicherheit



ersetzt werden sollen. Damit soll letztlich die Einsatzschwelle von Atomwaffen reduziert und ein lokal begrenzter Atomkrieg ermöglicht werden. Der ehemalige Oberbefehlshaber des EUCOM und der NATO, Philipp Breedlove, brachte es im Februar 2016 auf den Punkt: „Die USA sind bereit, gegen Russland in Europa zu kämpfen und es zu besiegen.“

Die deutsche Regierung und die EU stehen jedoch nicht zurück, wenn es darum geht, sich zu rüsten, um zukünftig die eigenen Interessen militärisch durchsetzen zu können: Die NATO-Staaten planen ihre Rüstungsausgaben auf 2% des jeweiligen BIPs anzuheben. Die Umsetzung dieser Aufrüstungspläne wäre nicht nur ein sozialpolitischer Kahl Schlag. Die BRD wäre aufgrund ihrer ökonomischen Stärke die militärische Führungsmacht in der EU und hätte alleine schon einen größeren Militäretat als derzeit Russland.

Um bei der Durchsetzung imperialistischer Ziele nicht nur von der NATO abhängig zu sein, werden zudem eigenständige EU-Militärstrukturen unter deutsch-französischer Führung aufgebaut. Dazu gehört auch die Anschaffung neuer EU-Kampfflugzeuge und Panzer.

Die Tendenz geht also in vielerlei Hinsicht in Richtung weiterer und größerer Kriege, d.h. weiterer Zerstörung, Vertreibung, Tod und Elend. Wie schon in den vergangenen Kriegen, wird nur das Großkapital davon profitieren, für uns gibt es dabei nichts zu gewinnen.

### **Wer wenn nicht wir?**

Der Kampf gegen Aufrüstung und Krieg ist eine der zentralen Aufgaben der heutigen Zeit. Die Ressourcen werden benötigt, um endlich weltweit Frieden und Wohlstand zu schaffen, den Klimawandel und Fluchtbewegungen zu stoppen, statt weiter zu verschärfen.

Die Geschichte lehrt uns letztlich auch, dass gerade in den Zeiten, in denen die Barbarei der Herrschenden durch Krieg und Zerstörung die schlimmsten Züge annahm, auch der Widerstand und daraus gesellschaftliche Perspektiven erwachsen. Es gilt auch für uns: Organisieren wir uns, kämpfen wir gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für eine Perspektive jenseits des Kapitalismus!



# Stuttgart und Baden-Württemberg – Frieden statt Krieg?!

Stuttgart ist für die USA militärstrategisch eine der weltweit bedeutendsten Städte. Das Eucom in Stuttgart-Vaihingen ist das europäische Regionalkommando der amerikanischen Streitkräfte, von dem aus alle NATO-Manöver, z.B. im Bereich der russischen Westgrenze und mögliche Kriegseinsätze, auch die atomaren, geplant und gesteuert werden. Die Zuständigkeit des Eucom reicht bis an die russisch-nordkoreanische Grenze. Hinzu kommt das Africom in Stuttgart-Möhringen, zuständig für die Kriege in Afrika, was den Einsatz von bewaffneten Drohnen mit einschließt. Es handelt sich hierbei weltweit um die einzigen US-Regionalkommandos außerhalb der USA.

**Samstag, 21. September ab 14 Uhr**  
**Waldheim Clara Zetkin Haus in Sillenbuch**



**Fest der internationalen Solidarität**

**Internationales Essen & Musikprogramm**  
**Infostände + Redebeiträge und mehr**

[www.waldheim-stuttgart.de](http://www.waldheim-stuttgart.de)

In der Theodor-Heuss-Kaserne in Bad Cannstatt sind das Landeskommando der Bundeswehr, der Militärische Abschirmdienst (MAD), sowie der Reservistenverband stationiert. Der Standort spielt daher eine nicht zu unterschätzende Rolle bei militärischen Planungen der Bundeswehr.

Rund 20 Rüstungsbetriebe haben ihren Sitz im Stuttgarter Raum. In Ditzingen

bei Stuttgart hat die französisch-deutsche Firma Thales ihren Hauptsitz. Es handelt sich um das viertgrößte europäische Rüstungsunternehmen und um das zwölftgrößte weltweit. Der Rüstungsbetrieb hat mit der Ditzinger Realschule sowie dem Gymnasium in der Glemsau eine Bildungspartnerschaft geschlossen, die auch dazu führen wird, dass die SchülerInnen und Schüler von Grund auf einen positiven Bezug zu Kriegswaffen und der Logik militärischer Konfliktlösungen entwickeln.

Bis zu 25.000 Menschen arbeiten in Baden-Württemberg in der Rüstungsindustrie – das ist etwa ein Viertel aller Rüstungsbeschäftigten in Deutschland. Insgesamt gibt es in Baden-Württemberg in 70 Orten 120 Firmen, die mit Rüstungsgütern Geld verdienen. Ihre Produkte haben den Zweck Menschen zu töten und zu verletzen, sie kommen zum Einsatz in Raketen, Lenk Waffen, Jagdflugern, Panzern, Atom-U-Booten und Drohnen. Auch große Konzerne wie Daimler, die dies nicht an die große Glocke hängen, produzieren Rüstungsgüter. Ulm erhält ein neues NATO-Kommandozentrum unter Führung der Bundeswehr für schnelle Material-

und Truppentransporte in Europa und vor allem an die mögliche „Ostfront“. In Hardheim nördlich von Heilbronn wird ein neues Panzerbataillon stationiert. Hinzu kommen in unmittelbarer Umgebung ein Material- und ein Munitionslager. Weitere Material- und Munitionslager werden im Pforzheimer Raum eingerichtet. Somit entstehen in Baden-Württemberg 50% aller bundesweit

neuen Depots. Die reinen investiven Ausgaben alleine für die Depots kosten den Steuerzahler rund 60 Mio. Euro, 750 neue Stellen werden hierfür geschaffen. Stattdessen könnten viele neue Kindergartenplätze gebaut und 750 Pflegekräfte oder LehrerInnen eingestellt werden. Das Investieren in das Töten verhindert das Investieren in das Leben.

Es erfordert auch nicht sehr viel Fantasie, um sich eine Vorstellung darüber zu machen, was es im Falle eines Krieges für die Bevölkerung bedeutet, inmitten einer solchen Menge an militärischen Zielen zu leben. Stuttgart und viele weitere Kommunen in Baden-Württemberg wären in diesem Fall nicht nur Orte von denen aus Krieg geführt wird, sondern auch Orte in die der Krieg hineingetragen wird.

2016 hat der Stuttgarter Gemeinderat in seiner Nachhaltigkeitsrichtlinie u.a. beschlossen, das Vermögen der Stadt Stuttgart nur noch in Unternehmen anzulegen, die weder Militärwaffen noch Militärmunition herstellen oder vertreiben. Dieser richtige und notwendige Ansatz hat bisher aber nicht dazu geführt, dies auch auf Banken auszudehnen, die Rüstungs-Firmen finanzieren. Die LBBW etwa, die zu knapp 19% der Stadt Stuttgart gehört, finanziert u.a. Thyssen Krupp, ein Konzern der U-Boote, die sogar mit Atomraketen bestückt werden können, für kriegsführende Mächte baut, sowie Rheinmetall, ein Konzern der am Bau des türkischen Kampfpanzers Altay beteiligt ist. Diese Panzer wurden ebenso, wie weitere Panzer aus deutscher Produktion, auch gegen die Zivilbevölkerung und beim Einmarsch in Afrin in Syrien eingesetzt.

## **Vom Bürgersohn zum marxistischen Philosophen. Zum Leben und Werk von Hans Heinz Holz**

**Veranstaltung mit Martin Küpper (Gesellschaft für dialektische Philosophie)**

Martin Küpper wird in Werk und Leben von Hans Heinz Holz (1927-2011) einführen und über dessen Lebensweg und Philosophie berichten. Es werden dabei die wichtigsten Lebensstationen und Weggefährter/-innen vorgestellt. Sequenzen aus einem Film mit Hans Heinz Holz illustrieren dessen Leben und Werk und vermitteln einen lebendigen Eindruck seiner Person. Es soll aber auch den Fragen nachgegangen werden, warum nach Holz Metaphysik und spekulative Philosophie wesentliche Bestandteile des Marxismus sind.

Die Veranstaltung ist offen für Neulinge und Fortgeschrittene und soll einen Einblick in die Philosophie und Persönlichkeit von Holz geben. Alle interessierten Gäste sind uns herzlich willkommen.

Im Gespräch ist dann viel Raum für Fragen und Diskussion.



**20. September 2019, 19:00 Uhr, Waldheim Sillenbuch, Gorch-Fock-Str. 26**

**Veranstalter: DKP-Gruppe Stuttgart-Süd und Lehrgang zur Philosophie von Hans Heinz Holz**

# Eine Stadt für die Menschen statt für's Militär!

Durch den Anstieg der Einwohnerzahl Stuttgarts entsteht nach Berechnungen des Mietervereins Stuttgart jährlich ein Bedarf von 3600 neu zu bauenden Wohnungen. Demgegenüber stehen 1553 Wohnungen, die letztes Jahr neu hinzugekommen sind. Damit wurde nicht einmal das von der Stadt selbst gesetzte Ziel von 1800 Neubauwohnungen pro Jahr erreicht. In den letzten acht Jahren von 2010 bis 2018 wurden durchschnittlich lediglich 1450 Wohnungen in der Landeshauptstadt geschaffen. Wer sich diese Neubauwohnungen leisten kann, steht auf einem anderen Blatt. Sicher ist, dass die Zahl der bezahlbaren Wohnungen insgesamt abnimmt. Der Mieterverein kommt zu dem Schluss, dass die Zunahme des Fehlbestands um 2000 Wohnungen pro Jahr zu einer Explosion der Mieten und Kaufpreise führte. Jährlich müssten in Stuttgart 3500 Wohnungen neu entstehen. Nun fordert der Mieterverein von der Stadt und dem neu gewählten Gemeinderat, "endlich die Realitäten am Wohnungsmarkt in Stuttgart zur Kenntnis zu nehmen und mehr Flächen, insbesondere für bezahlbare Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen".

## Wohnungen statt Kasernen!

Wir hätten da einen Vorschlag zur Realisierung: In Stuttgart wird dringend benötigte Wohnbaufläche für militärische Zwecke blockiert. Dazu gehören beispielsweise das EUCOM (Patch Barracks) in Stuttgart-Vaihingen, von dem aus alle in Europa stationierten US-Atomwaffen gesteuert werden, und das zwischen den Stadtbezirken Möhringen und Plieningen liegende AFRICOM (Kelley Barracks), das u.a. beim Einsatz der US-Drohnen eine wichtige Rolle spielt. Der Bezirksbeirat Vaihingen beschloss im Februar - nachdem ein weitergehender Antrag von SÖSLinkePlus nicht durchgesetzt werden konnte - einen Antrag, dass das Gelände der Patch Barracks in eine "geplante Wohnbaufläche" umgewandelt werden soll. Das Gelände sei u.a. aufgrund seiner Lage und der vorhandenen Erschließung für eine Wohnnutzung prädestiniert. "Sollte die Fläche in naher oder ferner Zukunft an die Bundesrepublik zurück gegeben werden, ..." heißt es in der Antragsbegründung. Es gilt dafür Druck zu entwickeln, dass hier - nicht erst in ferner Zukunft - Wohnraum in kommunalem Eigentum entsteht!

Und in der Theodor-Heuss-Kaserne (ehemalige Funkerkaserne) in Bad Cannstatt treibt die Bundeswehr ihr Un-

wesen. Hier sind u.a. das Landeskommando Baden-Württemberg (fungiert als Ansprechpartner der Landesregierung für territoriale Aufgaben der Bundeswehr, berät zivile Behörden und vertritt die Interessen der Bundeswehr in Baden-Württemberg durch zivil-militärische Zusammenarbeit) und seit 1958 der Militärische Abschirmdienst (MAD) untergebracht. Es wird höchste Zeit, dass diese Flächen endlich einer zivilen Nutzung zugeführt werden. Wohnungen statt Militärgelände!

## UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

Mit der Kündigung des INF-Vertrages durch die USA droht die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa, die dann ebenfalls vom EUCOM in Stuttgart befehligt werden. Damit wird die „Mayors For Peace“-Stadt Stuttgart zur Kriegshauptstadt und zu einem erst-

rangigen Ziel für einen atomaren Gegenschlag. Die 1982 gegründete Organisation "Mayors For Peace" (Bürgermeister für den Frieden), in der Stuttgart namentlich durch den Grünen-OB Fritz Kuhn Mitglied ist, versucht - ihrem Selbstverständnis nach - durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Davon ist in Stuttgart leider nichts zu merken. Umso wichtiger wäre es, die Regierenden damit zu konfrontieren und z.B. einzufordern, dass auch der Stuttgarter Gemeinderat den Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) unterstützt und damit die Bundesregierung dazu aufruft, endlich den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Aber auf die Regierenden zu hoffen, wird nichts ändern. Vielmehr kommt es darauf an, den Druck von unten zu entwickeln.

## Film & Diskussion WAS IST LOS IN VENEZUELA?

Samstag, 14. September um 20 Uhr  
im Linken Zentrum Lilo Herrmann, Stuttgart-Heslach



Das Venezuela Aktionsbündnis Stuttgart lädt zur Diskussion ein: Wofür steht die bolivari-sche Bewegung in Venezuela? Welche Erfolge wurden in den letzten 20 Jahren errungen? Welche Probleme gibt es? Was geht uns das alles an? Nach einer kurzen Doku sollen diese und weitere Fragen diskutiert werden. Dazu gibt es latein-amerikanisches Essen und Infomaterialien.

Interesse dich aktiv zu beteiligen? Komm zum Bündnistreffen am 14.09. um 18 Uhr im Linken Zentrum oder nimm Kontakt zu uns auf: [venezuela-soli-stuttgart@posteo.de](mailto:venezuela-soli-stuttgart@posteo.de)